

# Frankreich verlängert den Ausnahmezustand

**PARIS** Der vermutliche Drahtzieher der Pariser Attentate, Abdelhamid Abaaoud, ist tot. Doch die Kritik an den französischen Geheimdiensten wächst. Auch deshalb verlängert die Nationalversammlung den Ausnahmezustand.

STEFAN BRÄNDLE, PARIS  
nachrichten@luzernerzeitung.ch

Die Franzosen atmen auf. Terrorchef Abdelhamid Abaaoud, ein 28-jähriger Belgier, der die jüngsten Anschläge in Paris – wie zuvor ein halbes Dutzend andere – organisiert haben soll, ist bei dem jüngsten Sturmangriff französischer Polizeieinheiten in Paris Saint-Denis ums Leben gekommen. Laut der Staatsanwaltschaft von Paris wurde seine Leiche «formell identifiziert». Sie sei von Schüssen durchschieb gewesen, heisst es – womit auch ausgedrückt wird, dass sich der Dschihadist am Mittwoch nicht wie seine Cousine selber in die Luft gesprengt hatte.

**Warum blieb er unerkannt?**

Die Pariser Regierung beglückwünschte sich zu dem Fahndungserfolg. Viele Medien fragten allerdings, warum der meistgesuchte Mann Frankreichs aus Syrien zurückkehren und unerkannt bleiben konnte. Das ist nicht die erste Kritik an den Geheimdiensten. Die Zeitung «Le Monde» hatte schon gestern über die ganze Frontseite getitelt: «Neue Lücken im Antiterrorkampf.» Dass Abaaoud selbst in Paris war und dort die schrecklichen Anschläge mit 129 Toten koordinieren konnte, verleiht den Kritikern neue Nahrung. Die Zeitung «Le Parisien» spricht von einer «alarmierenden» die Regionalzeitung «La Voix du Nord» fragt: «Wie konnte eine solche Operation nur dem Polizeirang entgehen?»

Innenminister Bernard Cazeneuve versucht die Verantwortung zum Teil auf die europäischen Partner abzuschieben. «Die EU muss alles unternehmen, um den Terrorismus zu besiegen», sagte er in einer ersten Reaktion zu Abaaouds Tod. «Diese Botschaft werde ich morgen in Brüssel (bei der Innenministertagung, Anmerkung d. Red.) mit Nachdruck vermitteln.»

Zur Sprache dürfte damit auch der Umstand kommen, dass Abaaoud möglicherweise mit einem syrischen Pass als Flüchtling getarnt über Griechenland in die EU eingereist war. Das verstärkt in Frankreich generell die sehr skeptische Haltung in der ganzen Flüchtlingsfrage. Die Front-National-Präsidentin Marine Le Pen sagte gestern, man könne nicht einzelne Terroristen erwischen, wenn Tausende von Personen unkontrolliert in die EU strömen.

Das ist keineswegs nur die Meinung der extremen Rechten. Auch bürgerliche Politiker wie Ex-Premier Alain Juppé distanzieren sich immer deutlicher vom Flüchtlingskurs ihrer deutschen «Partei-freundin» Angela Merkel. In einer Umfrage von Mittwoch lehnten 62 Prozent der Franzosen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge ab. Vor den Pariser Anschlägen hatten sich Befürworter und Gegner noch die Waage gehalten.

**Bedrohungslage kaum zu ändern**

Französische Terrorexperten sagen allerdings, dass europäische Massnahmen – von einer besseren Polizeikooperation bis zur Schliessung der Grenzen – kaum etwas an der Bedrohungslage für Frankreich ändern würde. Bruno Tertrais von der Pariser Stiftung für strategische Forschung schätzt die Zahl der dschihadwilligen Personen in Frankreich auf «mehrere hundert» – und sie sind bereits im Land. Gegen diese Gefahrenlage erhält die französische Staatsführung nun weiter gehende Polizeivollmachten, als sie jemals hatte. Die Nationalversammlung beschloss gestern fast einstimmig, den Ausnahmezustand des Landes um drei Monate bis ins neue Jahr zu verlängern. Präsident François Hollande hatte ihn nach den Attentaten für zwölf Tage ausgerufen.

Die Polizei kann damit in vielen Fällen handeln, ohne vorgängig eine richterliche Ermächtigung einzuholen. Sie kann Vereinigungen auflösen, selbst jene, die nur «faktisch» bestehen. Ferner kann sie Personen, die eine «Bedrohung der öffentlichen Sicherheit darstellen», mit Hausarrest belegen und ihre Pässe und Ausweise beschlagnahmen. Seit den Attentaten wurden bereits 130 Personen, die als Salafisten oder Radikalislamisten in der sogenannten «S-Fiche» geführt wurden, mit Ausgehverbot belegt.

Zulässig werden auch Hausdurchsuchungen bei entsprechenden Personen. Computerdateien können ohne Justizmandat kopiert werden. Ausgenommen sind Politiker, Anwälte und Journalisten. Die Pressekontrolle wird in dem neuen Notstandsgesetz, das eine Bestimmung aus dem Algerienkrieg von 1955 ersetzt, sogar gelockert.

**Dienstwaffe in der Freizeit**

Per Erlass wurde zudem beschlossen, dass die französischen Ordnungshüter – also auch die Gemeindepolizisten – ihre Dienstwaffe auch in der Freizeit tragen dürfen. Das hatten Polizeigewerkschaften nach der neusten Attentatsserie verlangt. Schon Anfang dieser Woche hatte Hollande angekündigt, dass Polizei, Strafvollzug und Zoll um 8500 Stellen aufgestockt werden. Das soll vor allem eine bessere Überwachung jener Dschihadisten erlauben, die aus Kriegs-zonen wie Syrien nach Frankreich zurückkehren.

**«Zu viel Zeit verloren»**

Die Rechtsopposition stimmt zwar auch für die Verlängerung des Ausnahmezustandes. Generell wirft der Vorsteher der Republikaner, Nicolas Sarkozy, aber Hollande vor, er habe «zu viel Zeit verloren» und hätte schon nach den Anschlägen auf die «Charlie Hebdo»-Redaktion im Januar handeln sollen. Hollande nimmt seinem Vorgänger al-



**Oben**  
Das Gebäude in Paris Saint-Denis, wo Abdelhamid Abaaoud beim Sturmangriff der Polizei am Mittwoch ums Leben kam.

**Unten links**  
Der französische Präsident François Hollande.

**Unten rechts**  
Der 28-jährige Belgier Abdelhamid Abaaoud soll Drahtzieher der Anschläge in Paris gewesen sein.

Bilder Keystone



erdings den Wind aus den Segeln, indem er nun zum Teil die gleichen Vorschläge wie die Rechte präsentiert. Dazu gehört die Aberkennung der Staatsbürgerschaft wegen Verletzung «fundamentaler Interessen», wenn es sich um Doppelbürger handelt.

**Einheit währte nicht lange**

Die Rückkehr der Parteipolitik ist an sich nicht erstaunlich, finden doch in Frankreich im Dezember Regionalwahlen statt. Sie gelten als letzter Stim-

mungstest vor den nächsten Präsidentschaftswahlen – und als das hauptsächlichste Fernziel sowohl Hollandes wie auch Sarkozys. Die von Hollande angerufene «nationale Einheit» konnte daher nicht lange halten. Schon am Mittwoch kam es im Parlament – das am Dienstag noch wie aus einer Kehle die Marseillaise gesungen hatte – zu wüsten Szenen mit Buhrufen und Pfiffen. Auf der Facebook-Seite der Nationalversammlung empörten sich viele Franzosen über dieses «schändliche

DEBORAH STOFFEL  
deborah.stoffel@luzernerzeitung.ch

# «Wir dürfen die Nerven nicht verlieren»

**DICK MARTY** Der ehemalige Ermittler des Europarats, Dick Marty, findet, im Kampf gegen den Terror müssten Geheimdienste gestärkt, aber auch besser kontrolliert werden. Vor allem aber dürfe man den Terroristen keine Legitimation bieten.

*Dick Marty, als Staatsanwalt und Ermittler des Europarats haben Sie immer wieder mit Drogenhändlern, Mafiosi und organisierter Kriminalität zu tun gehabt. Die Anschläge in Paris müssen aber auch für Sie eine neue Dimension des Bösen darstellen.*

**«Die westlichen Staaten haben viel zu lange nicht erkannt, dass man für eine Lösung Russland ins Boot holen muss.»**

*Dick Marty:* Die Anschläge kamen nicht völlig unerwartet. Es war klar, dass in Frankreich ein ziemlich grosses Risiko bestand, dass es zu Anschlägen kommen könnte, angesichts der Interventionen in Mali und Syrien. Eine neue Dimension ist einerseits das Vorgehen: Die Attentäter töreten sich selbst, um andere damit zu töten. Das gab es – in Europa – früher nicht. Auffallend ist andererseits, dass die Täter nicht aus der Ferne kommen, aus dem Gebiet des Islamischen Staats, sondern aus Frankreich und Belgien.

*Sind solche Anschläge auch in der Schweiz zu befürchten?*

*Marty:* Zunächst will er erreichen, dass alle Medien über ihn sprechen – was zweifellos gelungen ist. Zweitens will er beweisen, dass der liberale, laizistische und demokratische Staat nicht überlebensfähig und nicht in der Lage ist, seine Bürger zu schützen. Und drittens will er die innenpolitischen Konflikte in den westlichen Ländern anheizen: Er spekuliert darauf, dass mehr repressive Gesetze beschlossen werden, dass Stimmung gegen Ausländer gemacht wird – das liefert ihm dann wiederum den Beweis, dass die westliche Demokratie schlecht ist.

*Was bezweckt der IS mit Attentaten wie jenen in Paris?*

*Marty:* Zunächst will er erreichen, dass alle Medien über ihn sprechen – was zweifellos gelungen ist. Zweitens will er beweisen, dass der liberale, laizistische und demokratische Staat nicht überlebensfähig und nicht in der Lage ist, seine Bürger zu schützen. Und drittens will er die innenpolitischen Konflikte in den westlichen Ländern anheizen: Er spekuliert darauf, dass mehr repressive Gesetze beschlossen werden, dass Stimmung gegen Ausländer gemacht wird – das liefert ihm dann wiederum den Beweis, dass die westliche Demokratie schlecht ist.

*Wie soll Europa denn auf solche Ereignisse reagieren, wenn nicht mit Repression?*

*Marty:* Wir müssen kühl und überlegt handeln – gerade in solchen Momenten.

Wir dürfen nicht die Nerven verlieren. Ich erinnere gerne an das Beispiel von Italien, das in den 1970er-Jahren von einer Serie terroristischer Anschläge heimgesucht wurde. 1978 wurde Aldo Moro, ein führender Politiker und ehemaliger Ministerpräsident, von den Roten Brigaden entführt. Während er als Geisel gefangen gehalten wurde, wurde öffentlich diskutiert, ob man verhaftete Angehörige der Roten Brigaden foltern sollte, um Moro freizubekommen. Der Chef der Antiterrorreinheit der Polizei, Carlo Alberto Dalla Chiesa, reagierte auf diesen Vorschlag mit den Worten: «Italien wird den Tod von Aldo Moro überleben, aber nicht die Wiedereinführung der Folter.»

*Die Worte sind erstaunlich aktuell, wenn man die Reaktion der USA auf den 11. September 2001 betrachtet.*

*Marty:* Leider lernt man nicht aus der Geschichte. Was die USA in Guantanamo und anderswo getan haben, hat alles nur schlimmer gemacht. Das brachte den Terroristen in den Augen vieler Sympathien, ja, sogar eine gewisse Legitimation. Das ist doch genau, was sie wollen.

*Was schlagen Sie stattdessen vor?*

*Marty:* Wir müssen Prioritäten setzen. Der IS ist international vernetzt. Es gibt Mittäter, Leute, die den Terroristen antike Kulturgüter abkaufen oder sie mit Waffen beliefern. Der illegale Waffenhandel läuft auch über die Schweiz. Aber wissen Sie, wie viele Verurteilungen es deswegen gab?

*Nein.*

*Marty:* Mir ist keine einzige bekannt. Die Polizeikräfte in der Schweiz sollten besser dem Waffenhandel nachgehen, anstatt Leute wegen Cannabis zu verfolgen.

*Diskutiert wird auch darüber, die Möglichkeiten der Geheimdienste auszubauen. In der Schweiz läuft das Referendum gegen das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG), mit dem der Nachrichtendienst die Möglichkeit erhalten soll, Telefone abzuhören oder in Computer einzudringen.*

*Marty:* Es ist klar, dass die Geheimdienste gestärkt werden müssen, und zwar nicht in erster Linie quantitativ, sondern qualitativ. Das war ein weiterer Fehler der USA: Sie bauten die Geheimdienste massiv aus, doch die Leute waren schlecht ausgebildet. Kaum jemand in der CIA oder der NSA sprach Arabisch oder war mit dem Nahen Osten vertraut.

*Die Gegner des NDG warnen vor dem «Überwachungsstaat».*

*Marty:* Um einen Terrorangriff zu verhindern, ist ein gewisses Mass an Überwachung nötig. Das Problem sind nicht unbedingt die Instrumente, die der Nachrichtendienst zur Verfügung hat. Das eigentliche Problem ist die Überwachung der Leute, die diese Instrumente einsetzen.

*Das neue NDG sieht Kontrollmechanismen vor. So muss beispielsweise das Privatvermögen durch den Verteidigungsminister und ein Mitglied des Bundesverwaltungsgerichts genehmigt werden.*

*Marty:* Ich bin noch nicht ganz überzeugt, dass diese Kontrollen ausreichen. Es bräuchte ein unabhängiges Kontrollgremium.

*Der französische Präsident François Hollande sprach von einem «Kampf gegen den IS. Kann Frankreich diesen Krieg gewinnen?»*

*Marty:* Ich halte es für einen Fehler, von einem Krieg zu sprechen. Damit gibt man dem IS den Status einer Kriegspartei. Das sind keine Krieger, das sind Kriminelle – und als solche müssen wir sie behandeln.

*Dennoch fragt sich, wie der IS in Syrien besiegt werden kann.*

*Marty:* Das Wichtigste ist, den IS zu isolieren. Die westlichen Staaten haben viel zu lange nicht erkannt, dass man für eine Lösung Russland und den Iran ins Boot holen muss. Zudem sollte man auch einmal auf die Rolle von Saudi-Arabien eingehen. Das Königshaus ist ein enger Verbündeter der USA, gleichzeitig finanziert es terroristische Gruppen.

INTERVIEW LUKAS LEUZINGER  
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch

**HINWEIS**

\* Dick Marty (70) ist ehemaliger Staatsanwalt des Kantons Tessin und Ermittler des Europarats. Von 1995 bis 2011 sass er für die FDP im Ständerat. Als Ermittler des Europarats machte er unter anderem die Existenz von Geheimgefängnissen publik, die der US-Geheimdienst CIA im Rahmen des Kriegs gegen den Terror in mehreren europäischen Staaten aufgebaut hatte.



Dick Marty, ehemaliger Ermittler des Europarats, warnt vor einer emotionalen Reaktion auf die Anschläge in Paris. Keystone/Laurent Gillieron

# Der Schweiz fehlen einheitliche Standards zur Prävention

**RADIKALISIERUNG** In einem Punkt sind sich nach den Anschlägen in Paris alle Kommentatoren einig: Die Früherkennung von Personen, die sich radikalisieren, ist ein wichtiger Pfeiler im Kampf gegen den islamistischen Terror. Gefordert sind die islamischen Vereine, die Imame, aber auch Lehrer und Jugendarbeiter. Bereits heute unterhalten Kantone und Kommunen Ausbildungsangebote mit dem Ziel, dem Radikalismus vorzubeugen. Doch einheitliche Standards fehlen.

**Bewährtes künftig leiten**

Das haben auch die Behörden erkannt. Der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS), in dem Bund und Kantone vertreten sind, hat deshalb ein Projekt

lanciert, um sich einen Überblick über die aktuellen Massnahmen zur Prävention von islamischer Radikalisierung zu verschaffen. Der SVS arbeitet dazu mit den Kantonen und den Regierungskonferenzen zusammen. Erklärtes Ziel ist es, für verschiedene Bereiche wie etwa Bildung, Strafvollzug und Sozialwesen die erfolgreichsten Methoden zu eruiieren. Sie werden als sogenannte «Best Practices» ab Mitte 2016 den anderen Kantonen sowie weiteren interessierten Stellen zur Verfügung gestellt, wie André Duvillard vom SVS erklärt. «Natürlich mit dem Einverständnis der Erfinder.»

Als Beispiel für ein bewährtes Instrument nennt Duvillard den Leitfaden «Extremismus», den die Fachstelle für

Gewaltprävention der Stadt Zürich entwickelt hat, um zu beurteilen, ob es sich bei auffälligen Jugendlichen um einen Radikalisierungsfall handle. «Dieser Leitfaden wurde in das Notfallhandbuch der Schulen der Stadt Zürich integriert», sagt Duvillard. Unterdessen findet er im ganzen Kanton Zürich Anwendung.

**Zwei Stossrichtungen**

Grundsätzlich zeichnen sich in der Radikalismus-Prävention zwei Stossrichtungen ab. Auf Freiwilligkeit und Dialog setzen Angebote wie der Kurs «Herausforderung radikalierter Islam» der Hochschule Luzern, der in diesem Jahr erstmals stattgefunden hat und von knapp 30 Personen besucht wurde. Der Kurs richtet sich an Jugend- und Sozial-

arbeiter. «Der Islam ist für viele Schweizer eine Black Box, über die sie nur bruchstückhaft Bescheid wissen», sagt Rebekka Ehret vom Institut für soziokulturelle Entwicklung. Im zweieinhalbtägigen Lehrgang gehe es vorab darum, diese Wissenslücken zu schliessen und damit den Zugang zu jugendlichen Muslimen zu erleichtern. Die Zusammenarbeit mit den muslimischen Vereinen und Migrantenorganisationen sei in der Prävention das A und O, sagt Ehret. «Es ist wichtig, dass man sich auf Augenhöhe begegnet.»

Für die zweite Stossrichtung stehen kann die Praxis des Kantons St. Gallen, der die Imame in die Pflicht nimmt. Migranten aus Nicht-EU/EFTA-Ländern, die als Prediger arbeiten wollen, müs-

sen einen Integrationskurs an einer Fachhochschule sowie einen Deutschkurs besuchen. Weigern sie sich, droht ihnen der Entzug der Aufenthaltsbewilligung.

**7 Dschihadisten in der Schweiz**

Den Bedarf nach erweiterten Präventionsmassnahmen unterstreichen die gestern vom Nachrichtendienst des Bundes (NDB) publizierten Zahlen der Schweizer Dschihad-Reisenden: Seit 2001 sind 44 Fälle bestätigt. Der NDB geht davon aus, dass 8 der 40 getötet wurden und 7 davon in die Schweiz zurückgekehrt sind. Weitere 27 Fälle sind unbestätigt.

# Fünf Anschläge vereitelt

**HANNOVER/BRÜSSEL** sda/ffe. Der Anführer der wohl fünfköpfigen Gruppe von Attentätern, die einen Anschlag auf das Fussball-Länderspiel zwischen Deutschland und den Niederlanden geplant haben soll, ist laut einem Bericht der «Hannoverschen Allgemeinen Zeitung» im Besitz eines deutschen Passes. Unter Berufung auf den französischen Geheimdienst berichtete das Blatt gestern zudem, die Gruppe habe fünf Sprengstoffanschläge geplant. Drei Bomben sollten in einem Fahrzeug mit Zufahrtberechtigung oder durch ein Mitglied der Gruppe mit Eintrittskarte ins Stadion gebracht werden und dort detonieren. Einen weiteren Sprengsatz wollten die Terroristen an einer Bushaltestelle platzieren. Sieben Stunden später hätte die einzige Frau aus der

Gruppe einen Sprengsatz an einem nicht näher spezifizierten Bahnhof zünden sollen. Die Information sei etwa zwei Stunden vor Anpfiff am Dienstagabend bei den deutschen Behörden eingegangen. Eine halbe Stunde später wurde das Freundschaftsspiel abgesagt. Derweil nahm die Polizei gestern in Brüssel neun Personen im Zusammenhang mit den Anschlägen in Paris fest. Der belgische Premier Charles Michel stellte zudem einen 18-Punkte-Plan vor, mit dem das Radikalismus-Problem angegangen werden soll. Die Regierung will 400 Millionen Euro zusätzlich für die Sicherheit ausgeben. Damit sollen Polizeikontrollen an Grenzen verstärkt werden. Und Syrienkämpfer müssen künftig bei der Rückkehr sofort ins Gefängnis.